



KARL BRENKE

Berliner Landespolitik: Rückkehr zur Ausgabefreudigkeit

Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent im
Vorstandsbereich des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Seit fünf Jahren nimmt die Wirtschaftsleistung im Euroraum wieder zu; die Krise scheint überwunden zu sein. Der Schein trügt aber. Denn das Wachstum beruht auch auf Doping. Die Europäische Zentralbank hat die Leitzinsen auf ein extrem niedriges Niveau gesenkt und saugt die Schuldtitel der Mitgliedsstaaten einfach auf. Und trotz des Wirtschaftswachstums verharrt die Staatsschuld gemessen an der Wirtschaftsleistung in Südeuropa und Frankreich auf hohem Niveau. Die Zentralbank wird ihre Politik nicht allzu lange beibehalten können, zumal sich zunehmend unliebsame Nebenwirkungen zeigen. So haben sich die Preise bei den Vermögenswerten immer mehr aufgebläht, was in manchen Ländern zu stark steigenden Mieten führt. Die Lage ist also recht fragil.

In Deutschland ist es allerdings gelungen, die Schulden kräftig zu drücken. Die meisten Bundesländer haben ihre Schulden reduzieren können, und der Bund erzielte sogar Haushaltsüberschüsse. Die Menschen neigen jedoch dazu, die Gegenwart in die Zukunft fortzuschreiben. Ausgeblendet wird, dass auf einen wirtschaftlichen Aufschwung immer ein Abschwung folgt. Daher sollte sich die Finanzpolitik trotz sprudelnder Steuereinnahmen nicht dazu verleiten lassen, nun freudig Geld auszugeben und Entscheidungen zu treffen, die auch in der Zukunft erhöhte Ausgaben nach sich ziehen.

Die Erfahrung lehrt aber: Politik ist keineswegs immer rational. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist Berlin. Nach dem Fall der Mauer glaubte man an einen Wirtschaftsboom und lebte über die Verhältnisse. Einige Jahre später wurde aus dem Rausch ein Kater; man musste bei den Ausgaben auf die Bremse treten. Zunächst geschah das nur halbherzig. In der vergangenen Dekade wurde der Rotstift dann radikal angesetzt – aus heutiger Sicht sogar übermäßig, da etwa bei der Infrastruktur nicht einmal für den Erhalt der Substanz gesorgt wurde. All das scheint vergessen zu sein. Denn angesichts der guten Konjunktur macht sich in Berlin inzwischen wieder Sorglosigkeit breit. Gerade bei sozialen Leistungen gibt sich die Politik großzügig. So hat man gerade als einziges Bundesland die Kita-Gebühren abgeschafft; davon profitieren auch gutverdienende Eltern. Für Hartz-IV-Ber-

dürftige gibt es schon seit Längerem besondere Vergünstigungen. Abgelehnte Asylsuchende sollen nicht abgeschoben werden. Häuser werden zu hohen Preisen gekauft und billig vermietet. Die Beispiele lassen sich fortsetzen.

Nun wird über weitere Mehrausgaben diskutiert. So kommt aus der Berliner SPD der Vorschlag, dass auch das Essen in Kitas und Schulen vom Staat spendiert werden müsste. Unternehmen, die Aufträge des Landes erhalten wollen, soll ein Mindestlohn von 12,63 Euro vorgeschrieben werden. Das würde die öffentlichen Aufträge noch mehr verteuern. Deren Kosten sind ohnehin schon hoch, da aufgrund einer Vielzahl von berlinspezifischen Regulierungen der Wettbewerb erheblich eingeschränkt wurde.

Zudem sollen die Löhne der öffentlich Bediensteten angehoben werden. Das ist allerdings eine berechtigte Forderung. Denn wegen niedriger Löhne infolge der vorhergehenden Sparmaßnahmen war das Land Berlin lange Zeit kein attraktiver Arbeitgeber. Nun fehlen die Fachkräfte, so dass manche Dienste mehr schlecht als recht erbracht werden. Eine marktgerechte Entlohnung ist daher unvermeidlich. Eine rationale, zukunftsorientierte Politik würde nun versuchen, die damit verbundenen Mehrausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren. Da bieten sich gerade in Berlin viele Möglichkeiten an, etwa bei den Sozialleistungen, bei der Doppelstruktur der Verwaltung (Senat und Bezirke), bei der zunehmenden Bürokratisierung von Verwaltungsabläufen et cetera. Man müsste aufgabenkritisch alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Davon ist aber nicht die Rede, und das entspricht auch nicht der Tradition der Berliner Politik. Man lebt gern auf großem Fuß, zumal man gelernt hat, andere an der Zeche beteiligen. Immerhin ein Drittel der Einnahmen des Landes kommt vom Bund und anderen Ländern.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 19. September 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Sandra Bohmann, Dr. Frauke Peter

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter